

HANDWERK BW STANDPUNKT

Zukunftsfähige Mittelstandspolitik

Im derzeitigen Koalitionsvertrag hat die Landesregierung einen Masterplan Mittelstand verabredet. Mit wissenschaftlicher Unterstützung soll erarbeitet werden, wie eine moderne und zukunftsfähige Mittelstandspolitik angesichts der vielen Herausforderungen für die Wirtschaft aussehen kann. In den nun anlaufenden Prozess hat sich HANDWERK BW mit konkreten Forderungen eingebracht.

Forderungen:

- Das baden-württembergische Mittelstandsförderungsgesetz ist bundesweit einzigartig und auch nach 50 Jahren sehr sinnvoll. Es gilt, es zu erhalten. Zudem muss der Geist dieses Gesetzes innerhalb der gesamten Landesregierung wieder in den Fokus gerückt werden.
- Das Mittelstandsförderungsgesetz orientiert sich an der EU-KMU-Definition, wonach Mittelstand Unternehmen bis 250 Beschäftigte einbezieht. Diese Grenze ist aus Handwerkssicht sehr hoch gegriffen. Nicht nur in der öffentlichen Vergabe, sondern auch in der Wirtschaftsförderung sollte ein besonderes Augenmerk auf Kleinst- (bis 9 Beschäftigte) und Kleinbetriebe (bis 49 Beschäftigte) gelegt werden. Für diese Größenklassen sind zusätzliche passende Maßnahmen vorzusehen. Das Ministerium definiert für den Masterplan den Mittelstand entgegen der Vorgabe des eigenen Gesetzes sogar bis 500 Beschäftigte.
- Als übergeordnetes Gremium sollte der Mittelstandsbeirat wieder reaktiviert werden bzw. begründet werden, weshalb er nicht wieder eingesetzt werden soll. Er ruht seit 2016.
- Förderprogramme sind grundsätzlich so auszugestalten, dass sie insbesondere für Kleinst- und Kleinunternehmen tauglich sind. Die Antragstellung muss einfach, die Konditionen passend und die Finanzierung verstetigt werden. Zudem sind neue Programme als Zuschussprogramme und nicht als Kreditprogramme auszugestalten.
- Das große gemeinsame Landesprojekt „Horizont Handwerk“, das Betriebe in den wichtigen Zukunftsthemen unterstützt, muss fortgesetzt und entfristet werden.
- Bürokratie ist ein Bremser für Selbstständigkeit. Laut neuester HANDWERK BW-Umfrage sind zwei Drittel der Betriebe der Meinung, dass auf Grund der Bürokratiebelastung Selbstständigkeit unattraktiv ist. Daher müssen dringend greifbare Ergebnisse erzielt werden.

Stand:
Juli 2023

Ansprechpartner zum Thema:
Stefan Schütze
Fachbereich Wirtschaft + Statistik

Tel: 0711 / 263709-109
Email: schuetze@handwerk-bw.de



- Die Themen Berufsorientierung und ausländische Fachkräfte müssen in der Mittelstandsförderung stärker in den Blick genommen werden. Beide Bereiche sieht das Handwerk als mögliche Wege, um ihre Nachwuchs- und Fachkräftebedarfe zu decken. Nötig ist beispielsweise ein Förderprogramm zur Fachkräftegewinnung aus dem In- und Ausland mit einer Koordinations- und Lotsenfunktion sowohl für Betriebe, die ausländische Fachkräfte suchen, als auch für ausländische Fachkräfte, die im Handwerk BW arbeiten wollen. Die Förderungen der überbetrieblichen Ausbildung (Kurse und Investitionen) sind auszubauen.
- Die Nachfolgeförderung muss ausgebaut werden. In den nächsten fünf Jahren steht bei rund 23.000 Betrieben die Frage nach der Fortführung an. Es ist sicherzustellen, dass jeder Betrieb die nötige Unterstützung findet. Es gibt vieles (Meistergründungsprämie, Start 80, GuW, Bürgschaften, Nachfolgemoderatoren, Beratung). Eine sinnvolle, klare Kommunikation/Kampagne, wie die Dinge ineinandergreifen, ist nötig.
- Selbstständigkeit und Schwangerschaft / Elternzeit dürfen sich nicht ausschließen. Mutterschutz und Elternzeit sind derzeit auf abhängig Beschäftigte beschränkt. Eine bessere und unkompliziertere Absicherung für die Unternehmerin ist nötig. Zudem muss es eine Lösung geben, wie der Betrieb in dieser Zeit weitergeführt werden kann, wenn die Unternehmerin ausfällt.
- Die Förderung der Beratung durch die Kammern und Fachverbände (Tagewerkeförderung) muss ausgebaut und beibehalten werden.
- Zum einen sind die förderfähigen Beratungsthemen auf aktuelle Themen (Nachhaltigkeit, Transformation) auszuweiten. Daneben sind die Fördersätze den gestiegenen Personal- und Sachkosten anzupassen und zu erhöhen. Die Umweltberatungsförderung ist angesichts der steigenden Wichtigkeit des Themas auf mehr Tagewerke auszuweiten. Für Betriebe mit größerem Beratungsbedarf, denen die Kurzberatungen der Kammern und Verbände nicht ausreicht, muss ein Coaching-Programm analog dem früheren ESF-Coaching neu aufgelegt werden.